

Daniel Illhardt

Die Einlagenrückzahlung nach § 27 Abs. 4 AktG

Jenaer Studien  
zum deutschen, europäischen und internationalen Wirtschaftsrecht

Band 36

Herausgegeben von den Professoren  
Dr. Christian Alexander, Dr. Walter Bayer, Dr. Volker Jänich,  
Dr. Christoph Ohler, Dr. Matthias Ruffert und Dr. Giesela Rühl

# Die Einlagenrückzahlung nach § 27 Abs. 4 AktG

von

Daniel Illhardt

JWV

Jenaer Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2013

© sellier european law publishers

[www.sellier.de](http://www.sellier.de)

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades doctor iuris (Dr. iur.)  
vorgelegt dem Fakultätsrat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Alle Rechte vorbehalten

©2013 JWV Jenaer Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH

Druck: Bookstation GmbH, Sipplingen

Satz: Societas Verlag ([www.societas-verlag.de](http://www.societas-verlag.de))

Printed in Germany

ISBN 978-3-86653-262-5

ISSN 1861-5627

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem)

Papier entsprechend ISO 9706

Internet: [www.jwv.de](http://www.jwv.de)

© sellier european law publishers  
[www.sellier.de](http://www.sellier.de)

*Für Sandra*



# Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2012/13 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis November 2012 berücksichtigt werden.

Meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. *Walter Bayer*, gilt mein ganz besonderer Dank für die engagierte Betreuung meiner Arbeit. Seine offene Gesprächsbereitschaft führte zu wertvollen Anregungen und trug damit nachhaltig zum Gelingen dieser Arbeit bei. Danken möchte ich ferner auch Herrn Honorarprofessor Dr. *Jochem Reichert* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Zu großem Dank verpflichtet bin ich auch der Stiftung der Deutschen Wirtschaft, die mein Dissertationsprojekt mit einem Stipendium unterstützt hat. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei den Herausgebern der „Jenaer Studien zum deutschen, europäischen und internationalen Wirtschaftsrecht“ für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Schriftenreihe.

Weiterhin gilt mein herzlicher Dank auch Frau Professor *Eilís Ferran*, Ph.D. (Universität Cambridge) und Herrn Professor Dr. *Alberto Vaquerizo* (Freie Universität Madrid), die ich während meines LL.M.-Studiums 2011/12 an der Universität Cambridge / Vereinigtes Königreich kennengelernt habe. In vielen spannenden Diskussionen habe ich interessante Einblicke und Anregungen vor allem im Hinblick auf die Regelungen zur financial assistance aus unterschiedlichen Perspektiven des *common law* und des *civil law* gewinnen können.

Mein persönlicher Dank gilt schließlich meiner ganzen Familie, die mein Vorhaben nach besten Kräften und Möglichkeiten unterstützt hat. Ganz besonders möchte ich mich bei meiner lieben Frau *Sandra* bedanken, ohne ihre Unterstützung hätte ich diese Arbeit wohl nicht beginnen, aber noch weniger beenden können.

Jena, im April 2013

*Daniel Illhardt*

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	7
Einleitung . . . . .	23
Teil 1: Nationales Regelungsregime . . . . .	29
Teil 2: Europäische Vorgaben . . . . .	201
Teil 3: Kritische Gesamtwürdigung und Vorschlag de lege ferenda . . . . .	285
Zusammenfassung . . . . .	317
Literaturverzeichnis . . . . .	321
Stichwortverzeichnis . . . . .	369



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	7
Einleitung . . . . .	23
A. Vorbemerkungen . . . . .	23
B. Begrifflichkeiten . . . . .	25
C. Zielsetzung und Gang der Untersuchung . . . . .	26
<b>Teil 1: Nationales Regelungsregime . . . . .</b>	<b>29</b>
A. Entstehungsgeschichte des § 27 Abs. 4 AktG . . . . .	29
I. Bisherige Rechtslage . . . . .	30
1. Tatbestand . . . . .	30
2. Rechtsfolge . . . . .	31
3. Dogmatische Einordnung . . . . .	32
4. Heilungsmöglichkeit . . . . .	32
II. Reformgeschichte . . . . .	33
1. Referentenentwurf und Regierungsentwurf . . . . .	33
2. Beschlussempfehlung des Rechtsaus- schusses . . . . .	34
3. Weiteres Gesetzgebungsverfahren . . . . .	36
4. Kritische Würdigung der Reformgeschichte . . . . .	36
III. Intention des Gesetzgebers . . . . .	39
B. Tatbestandliche Voraussetzungen . . . . .	40
I. Relevante Kapitalmaßnahmen . . . . .	41
II. Anwendbarkeit des § 27 Abs. 4 AktG . . . . .	42
1. Formelle Subsidiarität . . . . .	42
a) Abgrenzung zur verdeckten Sach- einlage nach § 27 Abs. 3 AktG . . . . .	42
b) Sonderfall: “debt-to-equity double swap” . . . . .	45
c) Cash-Management-Systeme . . . . .	46

aa)	Ansicht der herrschenden Meinung	47
	(1) Negativsaldo der AG . . . . .	47
	(2) Positivsaldo / Nullsaldo der AG . . . . .	49
	(a) Konzernholding führt Zentralkonto . . . . .	49
	(b) Tochtergesellschaft führt Zentralkonto . . . . .	51
	(aa) Fall der verdeck- ten Sacheinlage? . . . . .	51
	(bb) Stellungnahme . . . . .	51
	(3) Verdeckte Mischeinlage . . . . .	52
bb)	Gegenauffassung von <i>Casper</i> . . . . .	53
cc)	Eigene Stellungnahme . . . . .	54
dd)	Exkurs: Optionen zur Vermei- dung praktischer Anwendungs- probleme . . . . .	56
	(1) Gewährleistung eines po- sitiven Saldostands . . . . .	56
	(2) Sonderkonto außerhalb des Cash Pools . . . . .	57
2.	Dienstleistungen . . . . .	60
a)	Vergütung für erbrachte Dienstleistung	60
b)	Dienstleistung ist noch zu erbringen .	61
	aa) Einlageleistung vor Dienstlei- stungsvergütung . . . . .	61
	bb) Einlageleistung nach Dienst- leistungsvergütung . . . . .	62
	cc) Überzahlung . . . . .	63
	dd) Scheinvergütung . . . . .	64
	ee) Zwischenergebnis . . . . .	64
3.	Aktienrechtliche Nachgründung . . . . .	65
4.	Verdrängende Sonderregelungen im Konzernverbund? . . . . .	68
III.	Vereinbarung . . . . .	71
1.	Rechtsnatur . . . . .	71
2.	Parteien . . . . .	73
	a) Gründungsstadium . . . . .	73
	b) Kapitalerhöhung . . . . .	74

	c) Sonderkonstellation: Einpersonen-AG	74
	3. Zeitpunkt der Absprache . . . . .	75
	4. Vermutung der Absprache . . . . .	78
	a) Übertragbarkeit der bisherigen Regelung . . . . .	79
	b) Zeitlicher Zusammenhang . . . . .	80
	c) Sachlicher Zusammenhang . . . . .	81
IV.	Wirtschaftliche Rückzahlung der Einlage . . . . .	82
	1. Einlagenleistung durch den Inferenten . . . . .	82
	a) Beschränkung auf Bareinlagen . . . . .	82
	b) Bloße Vereinbarung ohne tatsächlichen Zahlungsverkehr? . . . . .	84
	2. Vereinbarte Rückzahlung der Einlage . . . . .	86
	a) „Wirtschaftliche Rückzahlung“ . . . . .	86
	aa) Beschränkung auf Geldleistungen . . . . .	86
	bb) Notwendigkeit eines Rechtsgrunds für die Rückzahlung . . . . .	89
	cc) Gleichartigkeit von Einlageleistung und beabsichtigter Rückzahlung . . . . .	90
	dd) Keine Identität der Transferzahlungen . . . . .	90
	b) Zurückzugewährende Einlagenbestandteile . . . . .	92
	aa) Mindest- und Resteinlage . . . . .	93
	bb) Agio . . . . .	94
	cc) Überschießende Rückzahlung . . . . .	94
	dd) Sonderfall: Überschießende Rückzahlung mittels Teilzahlungen . . . . .	95
	3. Zeitliche Reihenfolge der Zahlungsvorgänge . . . . .	96
	a) Hin- und Herzahlen . . . . .	97
	b) Her- und Hinzahlen . . . . .	97
	4. Zahlungsempfänger . . . . .	99
V.	Anforderungen an den Rückgewähranspruch . . . . .	101
	1. Vollwertigkeit . . . . .	102
	a) Vollwertigkeitsbestimmung . . . . .	102
	b) Besicherung . . . . .	106
	c) Verzinsung . . . . .	109

	aa) Notwendigkeit einer Verzinsung . . . . .	109
	bb) Höhe der Verzinsung . . . . .	111
	cc) Bilanzielle Vereinfachungsregel bei kurzen Laufzeiten? . . . . .	112
	dd) Minimale Zinsunterschreitungen . . . . .	113
	ee) Kompensation durch Vorteile aufgrund Teilnahme am Cash Pool . . . . .	114
	d) Besonderheiten bei Fremdwäh- rungsforderungen . . . . .	115
	e) Beurteilungszeitpunkt . . . . .	116
	aa) Grundsatz . . . . .	116
	bb) Zusätzliche Relevanz einer Ver- längerung bei anfänglicher Be- fristung . . . . .	119
	2. Fälligkeit . . . . .	120
	3. Liquidität . . . . .	123
	4. Anforderungen an den Vorstand . . . . .	124
	a) Beurteilungsmaßstab des Rückge- währanspruchs . . . . .	124
	b) Zusätzlicher Pflichtenkreis . . . . .	125
	aa) Unmittelbare Verpflichtungen . . . . .	125
	bb) Nachgelagerte Verpflichtungen . . . . .	127
	cc) Exkurs: Anspruchsgrundlage der Informationspflichten . . . . .	131
	5. Darlegungs- und Beweislast . . . . .	132
VI.	Offenlegung . . . . .	134
	1. Offenlegungspflicht . . . . .	134
	a) Notwendige Angaben zum Hin- und Herzahlen . . . . .	135
	b) Erfordernis eines Nachweises der gemachten Angaben . . . . .	136
	c) Nachweismöglichkeiten . . . . .	139
	d) Zwischenergebnis . . . . .	140
	2. Konstitutive Voraussetzung? . . . . .	141
	a) Ansicht der Rechtsprechung . . . . .	141
	b) Meinungsstand im Schrifttum . . . . .	142
	c) Eigene Stellungnahme . . . . .	144
	aa) Wortlaut und Systematik . . . . .	145
	bb) Entstehungsgeschichte . . . . .	145

cc)	Teleologie . . . . .	146
dd)	Wertung bei der verdeckten Sacheinlage . . . . .	147
ee)	Bedeutung der Übergangsvorschrift	148
ff)	Zwischenergebnis . . . . .	149
d)	Exkurs: Weitergehende Folgen ei- ner unterlassenen Offenlegung . . . . .	149
aa)	Strafrechtliche Konsequenzen . . . . .	149
bb)	Zivilrechtliche Haftung . . . . .	152
VII.	Sondersituation in der AG & Co. KG . . . . .	153
1.	Anwendbarkeit der Neuregelung . . . . .	153
2.	Besonderheiten im Rahmen des Rück- gewähranspruchs . . . . .	156
a)	Bestimmung der Vollwertigkeit . . . . .	156
b)	Bestellung von Sicherheiten bei der AG & Co. KG . . . . .	157
C.	Rechtsfolge . . . . .	157
I.	„Alles-oder-Nichts“-Prinzip . . . . .	157
1.	Grundsatz . . . . .	157
a)	Einschränkung der bilanziellen Be- trachtungsweise . . . . .	157
b)	Sondertatbestand des privilegierten Hin- und Herzählens . . . . .	159
2.	Erfüllung der tatbestandlichen Vor- aussetzungen . . . . .	160
3.	Keine Erfüllung aller tatbestandlichen Voraussetzungen . . . . .	162
4.	Problemfall: Geringfügige Wertdifferenzen	164
a)	Korrektur analog § 38 Abs. 2 Satz 2 AktG? . . . . .	164
b)	Teleologische Reduktion des § 27 Abs. 4 AktG? . . . . .	165
c)	Zwischenergebnis . . . . .	167
II.	Zeitpunkt der Befreiung von der Einlage- verpflichtung . . . . .	168
1.	Grundsatz . . . . .	168
2.	Nachträglicher Entfall der Vollwertigkeit	169
III.	Anwendbarkeit der Kapitalaufbringungs- regeln auf den Rückgewähranspruch? . . . . .	170

1.	Grundsatz . . . . .	170
2.	Sonderfall: Aufrechnung Darlehensauszahlungsanspruch mit Einlageforderung . . . . .	173
3.	Sonderfall: Verzicht bzw. Aufrechnung mit einer Neuforderung von vornherein vereinbart . . . . .	174
IV.	Heilung des nicht einlagetilgenden Hin- und Herzahlens? . . . . .	175
1.	„Heilung“ im weiteren Sinne . . . . .	176
a)	Rückzahlung des vermeintlichen Darlehens . . . . .	176
aa)	Grundsatz . . . . .	176
bb)	Ausnahme in Cash-Management-Systemen . . . . .	178
cc)	Rückzahlung und anschließende Wiederausreichung . . . . .	179
dd)	Erweitertes Heilungsmodell von <i>Benz</i> . . . . .	180
b)	Verrechnung / Aufrechnung mit vollwertiger Neuforderung . . . . .	182
c)	Kapitalherabsetzung und anschließende Kapitalerhöhung . . . . .	182
2.	„Heilung“ im engeren Sinne . . . . .	183
a)	Voraussetzungen nach § 27 Abs. 4 Satz 1 AktG . . . . .	183
b)	Offenlegung nach § 27 Abs. 4 Satz 2 AktG . . . . .	184
aa)	Verzicht auf eine Offenlegung in sog. Altfällen . . . . .	185
bb)	Sonderfall: Nachträgliche Offenlegung bis zur Eintragung . . . . .	186
c)	Heilungsvariante analog den früheren Grundsätzen zur verdeckten Sacheinlage von <i>Herrler</i> . . . . .	186
3.	Ergebnis . . . . .	188
V.	Übergangsregelung zum Hin- und Herzahlen (§ 20 Abs. 7 EGAktG) . . . . .	189
1.	Regelungsinhalt . . . . .	189

2.	Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .	190
a)	Problemlage . . . . .	190
b)	Ansicht des BGH („AdCoCom“) . . . . .	192
c)	Stellungnahme . . . . .	193
3.	Begrenzung der Rückwirkung nach § 20 Abs. 7 Satz 2 EGAktG . . . . .	194
a)	Rechtskräftiges Urteil . . . . .	194
b)	Wirksame Vereinbarung . . . . .	196
4.	Praktische Relevanz der Übergangs- vorschrift . . . . .	197
<b>Teil 2:</b>	<b>Europäische Vorgaben</b> . . . . .	201
A.	Einleitung . . . . .	201
B.	Methodik der Auslegung europäischen Rechts . . . . .	202
I.	Wortlaut . . . . .	202
II.	Systematische Auslegung . . . . .	203
III.	Historische und genetische Auslegung . . . . .	204
IV.	Teleologische Auslegung . . . . .	205
C.	Mindesteinlagegebot des Art. 9 Abs. 1 Kapital- richtlinie . . . . .	206
I.	Problemlage . . . . .	206
II.	Meinungsbild im Schrifttum . . . . .	207
1.	Keine Auszahlung der Mindesteinlage . . . . .	207
2.	Keine Auszahlung der Mindesteinlage und des Agios . . . . .	208
3.	Zulässigkeit einer vollständigen Aus- zahlung der Einlage . . . . .	208
III.	Stellungnahme . . . . .	209
1.	Leistung der baren Mindesteinlage . . . . .	209
a)	Grundsatz . . . . .	209
b)	Auswirkungen von Verwendungs- absprachen . . . . .	213
2.	Europarechtliche Relevanz eines Agios . . . . .	213
IV.	Fazit . . . . .	214
D.	Besondere Schutzregelungen für Sacheinlagen nach Art. 10 ff. Kapitalrichtlinie . . . . .	215
I.	Problemlage . . . . .	215
II.	Arten der Einlage im Sinne der Kapital- richtlinie . . . . .	216

III.	Meinungsstand zur Sacheinlagefähigkeit von Forderungen . . . . .	217
IV.	Stellungnahme . . . . .	219
	1. Einordnung des schuldrechtlichen Anspruchs gegen den Inferenten . . . . .	219
	2. Bloßes schuldrechtliches Versprechen als Bareinlage . . . . .	221
V.	Fazit . . . . .	222
E.	Regelungen zum Nachgründungsrecht nach Art. 11 Kapitalrichtlinie . . . . .	223
	I. Problemlage . . . . .	223
	II. Regelungsinhalt . . . . .	223
	III. Stellungnahme . . . . .	224
	1. Keine Umgehung der Sacheinlagevorschriften . . . . .	224
	2. Unterschiedliches wirtschaftliches Ergebnis	225
	3. Zulässiger weitergehender (nationaler) Umgehungsschutz . . . . .	226
	4. Ergebnis . . . . .	227
F.	Verbot der finanziellen Unterstützung nach Art. 23 Abs. 1 Kapitalrichtlinie . . . . .	227
	I. Problemlage . . . . .	227
	II. Meinungsbild . . . . .	229
	1. Ansicht des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages . . . . .	229
	2. Stellungnahmen im Schrifttum . . . . .	231
	a) Grundsätzlicher Verstoß gegen Art. 23 Kapitalrichtlinie . . . . .	231
	b) Kein Verstoß gegen Art. 23 Kapitalrichtlinie . . . . .	232
	c) Differenzierende Auffassungen . . . . .	233
	aa) Vereinbarkeit bei originärem Erwerb zur Gründung sowie beteiligungsproportionaler Kapitalerhöhung . . . . .	234
	bb) Vereinbarkeit bei originärem Erwerb zur Gründung . . . . .	235
	cc) Vereinbarkeit bei originärem Erwerb zur Bargründung . . . . .	236

III. Eigene Untersuchungen . . . . .	237
1. Entstehungsgeschichte des Art. 23 Kapitalrichtlinie . . . . .	237
a) Art. 23 Abs. 1 in der Fassung der Zweiten EG-Richtlinie (77/91/EWG) . . . . .	237
aa) Ursprüngliche Entwurfsfassung . . . . .	237
bb) Britische Initiative für ein Verbot der finanziellen Unterstützung . . . . .	239
(1) Entwicklung des britischen Rechts bis zu den Richtlinienberatungen . . . . .	240
(a) Entwicklungen bis zur Normierung des s. 54 Companies Act 1948 . . . . .	240
(b) Kritik und Folgeentwicklungen . . . . .	243
(2) Folgeverhandlungen der Richtlinie . . . . .	244
b) Art. 23 Abs. 1 in der Fassung der Änderungsrichtlinie (2006/68/EG) . . . . .	247
aa) SLIM-Initiative . . . . .	247
bb) High Level Group . . . . .	249
cc) Richtlinienvorschlag der Kommission . . . . .	250
dd) Änderungen durch das Europäische Parlament . . . . .	252
ee) Verabschiedung der Richtlinie 2006/68/EG . . . . .	253
c) Neufassung der Kapitalrichtlinie . . . . .	254
2. Normzweck des Verbots der finanziellen Unterstützung . . . . .	255
a) Das ursprüngliche Verbot der finanziellen Unterstützung . . . . .	255
aa) Umgehungsschutz . . . . .	256
bb) Selbstständiger Kapitalschutz . . . . .	258
cc) Darüber hinausgehender Normzweck? . . . . .	261
b) Auswirkungen der Änderungsrichtlinie 2006 auf den Normzweck . . . . .	263

3.	Anwendungsbereich des Art. 23 Abs. 1	
	Kapitalrichtlinie . . . . .	265
	a) Meinungsbild im Schrifttum . . . . .	265
	aa) Nur derivativer Erwerb erfasst . . . . .	265
	bb) Originärer und derivativer Erwerb erfasst . . . . .	266
	cc) Differenzierende Auffassungen . . . . .	267
	b) Stellungnahme . . . . .	268
	aa) Ursprüngliche Richtlinienfassung . . . . .	268
	bb) Fassung nach der Änderungsrichtlinie 2006 . . . . .	269
	c) Auswirkungen auf Einlagenrückzahlung nach § 27 Abs. 4 AktG . . . . .	270
	d) Sonderfall: Bereichsausnahme für Konzernsachverhalte . . . . .	270
4.	Einlagenrückgewähr nach § 27 Abs. 4 AktG als finanzielle Unterstützung . . . . .	273
	a) Ausgangslage: Weit formulierter Verbotstatbestand . . . . .	273
	b) Inferent als „Dritter“ im Sinne des Art. 23 Abs. 1 Kapitalrichtlinie . . . . .	274
	aa) Wortlaut . . . . .	275
	bb) Systematik . . . . .	275
	cc) Entstehungsgeschichte . . . . .	276
	dd) Ratio legis . . . . .	276
	ee) Ergänzende Bestimmung des Art. 23a Kapitalrichtlinie . . . . .	277
	ff) Zwischenergebnis . . . . .	278
	c) Relevante Unterstützung im Sinne des Art. 23 Kapitalrichtlinie . . . . .	278
	aa) Klassifizierung der Einlagenrückzahlung als Darlehensgewährung . . . . .	278
	bb) Offener Tatbestand mit Regelungsbeispielen . . . . .	279
	cc) Zwischenergebnis . . . . .	281
	d) Unterstützung „im Hinblick auf den Erwerb“ der Aktien . . . . .	281
IV.	Fazit . . . . .	282

<b>Teil 3: Kritische Gesamtwürdigung und Vorschlag de lege ferenda</b>	285
A. Kritische Würdigung der Neuregelung zum Hin- und Herzahlen	285
I. Grundsätzliches Meinungsbild	285
II. Eigene Stellungnahme	288
1. „Bruch“ mit dem bisherigen System der realen Kapitalaufbringung	288
a) Grundsatz	288
b) Mindesteinlage	289
c) Aufrechnungs- und Befreiungsverbot	290
d) Leistung zur endgültig freien Verfügung des Vorstands	291
e) Absinken des Schutzniveaus	293
f) Zwischenfazit	295
2. Risikoverlagerung vom Aktionär auf die Gesellschaft	295
3. Konzernprivileg	297
4. Rechtsfolgendifferenzierung zwischen Hin- und Herzahlen und verdeckter Sacheinlage	298
5. Verwirklichung der gesetzgeberischen Zielsetzung	300
a) Rechtliche Absicherung des Cash Poolings	300
b) Hohe Anforderungen an ein privilegiertes Hin- und Herzahlen	301
6. Fazit	302
B. Überlegung de lege ferenda: Sonderkonzernrecht	304
I. Ausgangspunkt	304
II. Sonderrecht im Unternehmensverbund	306
III. Inhaltliche Ausgestaltung	307
1. Hohe Anforderungen an den Rückzahlungsanspruch	307
2. Modifizierungen zur erleichterten Durchführung	308
IV. Kein grundsätzlicher Widerspruch zur bisherigen Deregulierung	309

V.	Kein notwendiger Widerspruch zur Kapitalerhaltung und zum GmbH-Recht . . . . .	309
VI.	Keine verfassungsrechtlichen Bedenken . . . . .	311
VII.	Richtlinienkonforme Ausgestaltung . . . . .	312
VIII.	Fazit . . . . .	312
C.	Ausblick für künftige Entwicklungen . . . . .	313
I.	Generelle Sacheinlagefähigkeit von Forderungen gegen den Inferenten . . . . .	313
II.	Generelle Unschädlichkeit von Verwendungsabsprachen . . . . .	314
III.	Verzicht auf einen weitergehenden primären Kapitalaufbringungsschutz . . . . .	315
	Zusammenfassung . . . . .	317
A.	Teil 1: Nationales Regelungsregime . . . . .	317
I.	Tatbestand . . . . .	317
II.	Rechtsfolge . . . . .	319
B.	Teil 2: Europäische Vorgaben . . . . .	319
C.	Teil 3: Kritische Würdigung und Vorschlag de lege ferenda . . . . .	320
	Literaturverzeichnis . . . . .	321
	Stichwortverzeichnis . . . . .	369